

Paibacher Zeitung.

Nr. 56.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbi. 5.50. Für die Ausstellung ins Aus-
land. 60 kr. Mit der Post ganz. fl. 15, halbi. fl. 7.50.

Dienstag, 10. März

Insetionsgebühr bis 10 Seiten: 1 mal 80 kr.,
z. 90 kr., 8m. fl. 1.20; jenseit. Seite 100 kr., 2m. 80 kr.,
z. 12 kr. u. s. m. Inserationskosten jedesm. 80 kr.

1874.

Amtlicher Theil.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. März d. J. den Rath des künstenländischen Oberlandesgerichtes Prolop Freiherrn v. Gorizutti zum künstenländischen Oberstaatsanwalt allernädigst zu ernennen geruht. Gläser m. p.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 27. Februar d. J. dem Gefangen-Oberaufseher der Strafaanstalt in Capodistria Stephan Bensa in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und eifriger Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz allernädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Die confessionellen Vorlagen

geben den Volksvertretern aus allen Gauen Tirolitanens Auszüge ihrer Ansichten über das zwischen Staat und Kirche zu regelnde Verhältnis auf breitestem Basis auszudrücken.

Heute reproduzieren wir die Rede unseres Landmannes Dr. Razlag und schließen derselben die uns hierüber vorliegenden Journals immen an.

Dr. Razlag's in der am 7. d. stattgefundenen 28. Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses gehaltene Rede lautet:

"Wir haben an den Grenzen unseres engeren Vaterlandes vor wenigen Jahren einen Umschwung in kirchlichen Sachen gesehen, die unser Staat hervorgerufen hat. Es wurden nemlich in unserem Nachbarlande von einem Volke, welches als sehr bigott gegolten hatte, die Madonnenbilder profaniert; und das führt mich auf die Vermuthung, daß, wenn ein Extrem auf die Spur geführt wird, die Folge dessen ein anderes Extrem ist. Vor solchen Extremen möchten wir unser Volk bewahren und es daher befreunden mit freiheitlichen Institutionen (Bravo! links.)

Auch in unserem Volke ist die Idee vorherrschend, daß Staat wie Kirche göttlichen Ursprungs sind, daß sich aber beider im Laufe der Zeit viel Menschliches angeschlossen hat. (Bravo! links.)

Nach meinem Dafürhalten wäre die katholische Kirche vielleicht übler daran, wenn man sogleich das amerikanische System einführen würde, indem man unsere erhabene Kirche degradieren würde zu einer gewöhnlichen Gesellschaft.

Der Staat müßte, wenn der Grundsatz von der freien Kirche im freien Staat zur Geltung kommen würde, wahrscheinlich noch mehr Gantelen anwenden, als er jetzt zu erfüllen hat. Wir haben übrigens nicht gehört, daß seit dem Jahre 1860 oder 1861, wo das Repräsentativsystem bei uns zur Geltung gekommen ist, oder gar seit dem Jahre 1867, seit den Staatsgrundgesetzen, die kirchliche Repräsentanz bei uns irgend einen Schritt gethan hätte, um das System der freien Kirche im freien Staat zur Realisierung zu bringen.

Es ist vom Herrn Abg. Lienbacher angeführt worden, daß die Souveränität der Kirche nur für ihre inneren Angelegenheiten beansprucht werde; er hat damit zu erkennen gegeben, daß in den äußeren Angelegenheiten der Kirche die Souveränität derselben nicht vorhanden ist. Uebrigens gibt es gewichtige Theologen, welche haben, daß der Staat die Priorität des Gesetzes für sich habe.

Die Aposteln wurden nicht ausgeschickt, um Staaten zu gründen, sondern in den schon vorhandenen Staaten die Lehre des Christenthums zu predigen; darum ist der Staat auch verpflichtet, das Christenthum zu schützen, wo es wohlthätig in den Staatsorganismus eingreift. (Bravo! links.) Das anerkennt auch der Staat, daher anerkennt er auch die Bedeutung der christlichen Kirche und keine der Regierungen, die wir hatten, hat es ver sucht, das Kultusministerium gegenstandslos zu machen. (Beifall links.)

Daraus, daß die Kirche und die kirchlichen Organe den Schutz und den Schirm des Staates genießen, folgt das Recht des Staates in bezug auf die Regelung der äußeren Verhältnisse der Kirche.

Der Staat hat umso mehr ein Recht dazu, weil eben menschliche Einrichtungen vielfach verknüpft und verwebt sind mit dem Organismus der Kirche, und alles menschliche unterliegt eben den Einrichtungen und Ord nungen des Staatswesens. (Beifall links.)

Unter Theologen und Staatslehrern war von jeher die Frage streitig, wo denn die Grenze zwischen inneren und äußeren Angelegenheiten der Kirche gelegen sei. Redner geht nun auf das Concordat über und sagt: der Staat habe ein Recht mitzuwirken, weil, wenn ein Vertrag mit der Kirche als Bedingung seiner Action gedacht wird, er ja einer seiner Mitcooperatorn ist; und doch wurde von einer Seite behauptet, als ob der Staat gar kein Wort einzutragen hätte. Es wurde auch behauptet, daß das Concordat noch zu Recht besteht, der Reichsrath daher zu einer Änderung der durch dasselbe geregelten Verhältnisse nicht competent sei.

Ich erlaube mir in dieser Richtung auf einen Kirchenrechtslehrer ohne Tadel aufmerksam zu machen, welcher ausgesprochen hat, daß das Concordat erschüttert worden ist schon durch das Oktober-Patent vom Jahre 1860, weil dort die Gleichheit vor dem Gesetze und die freie Religionsausübung garantiert wurde, ferner durch Ehegesetzgebung u. s. w. Mag man aber über die Natur des Concordates denken, wie man wolle, für immerwährende Zeiten kann es nicht bestehen, weil sonst jeder Fortschritt unmöglich wäre, wenn sich Änderungen im Staat als wünschenswerth herausstellen, weil ein Vertrag aufzündbar ist. Hingegen ist es niemandem eingefallen, die unwandelbaren Grundsätze unserer Religion zu alterieren. Die Auffassung, die ein Herr Redner ausgesprochen hat, daß ein Vertrag nicht einmal auf legislativem Wege geändert werden kann, kann ich nicht theilen.

Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß tabesslose Theologen sich über diese Vorlage nicht so ungünstig geäußert und angegeben haben, daß gar kein Anstand obwalte, dieselbe als Grundlage einer Berathung anzunehmen. Nachdem in diesem Gesetze die Rechte der Pfarrgemeinden erweitert werden sollen, nachdem von einer entsprechenden Erhöhung der Congrua die Rede ist, dürfte es sich wohl der Mühe lohnen, wenn die legale Repräsentation der Kirche in Österreich mit der legalen Volksvertretung sich durch gegenseitige Propositionen vereinigen möchte.

Von einem Abgeordneten aus Tirol wurde erwähnt, die Vorlagen seien durchaus nicht dringend, weil ja so wichtige staatsrechtliche, national-ökonomische und sonstige dringende Fragen vorliegen. Es mag sein, daß dies Argument richtig ist, aber wir sind keine Unfehlbaren, was die Reihenfolge der wünschenswerthesten Vorlagen betrifft.

Unser Volk hat uns eben bisher geschickt, nach allen Kräften mitzuwirken an der Regenerierung unseres Vaterlandes. (Lebhafte Beifall.) Von einem Abgeordneten aus Galizien und von einem zweiten aus Mähren wurde das Bedenken erhoben, daß der Reichsrath für die vorliegende Frage nicht competent sei. Ich möchte mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß in beiden diesen Ländern nicht unbedeutende Minoritäten der gegenheiligen Ansicht sein dürfen und die Erfahrung aus kleinen Provinzen lehrt uns ja eben, daß kleine Länder eine zu weit gehende Autonomie nicht zu ertragen vermögen (Bravo! links), weil ihnen die geistigen und materiellen Mittel dazu fehlen. Ich bin ein Freund der Autonomie, allein ich wünsche nicht, daß das Prinzip derselben ad absurdum geführt werde. (Lebhafte Beifall links.)

England hat 300 Jahre um seine politischen Rechte gekämpft; wir kämpfen erst seit 1861; wir befinden uns also in einem Übergangsstadium und dieses müssen wir mit Geduld ertragen.

Mit gutem Beispiel könnte das neue Parlament vorangehen, wenn es eine Bereitwilligkeit zeigt, auf allen Gebieten des staatlichen und kirchlichen Lebens den Weg der Mäßigung anzubahnen, damit man nicht glauben soll, es handle sich wirklich um die Säkularisierung religiöser Begriffe, während es sich um die Ordnung des menschlichen in der Kirche handelt. (Lebhafte Beifall.)

Wir bemühen uns, soweit es in unseren Kräften liegt, diesem Grundsatz zu entsprechen, und in der Hoffnung, daß es den gesetzgebenden Factoren Österreichs und dem Lenker seiner Geschicke gelingen wird, mit der legalen Kirchenvertretung Österreichs eine Vereinbarung zur allseitigen Verständigung zu erzielen, gerechten Anteil zu nehmen an dem Zustandekommen des Gesetzes. Sollte diese Voraussetzung nicht eintreten, so werden wir, nachdem die tüchtigsten Theologen nicht im Stande waren, zu sagen, wo die Grenze zwischen äußeren und inneren Angelegenheiten der Kirche ist, bona fide, daß es sich nur um äußere Angelegenheiten handelt, an der Berathung des Gesetzes uns beteiligen. (Beifall links.)

Wir werden für die weitestgehende Autonomie der Kirche einstehen und wenn von dieser Seite des Hauses (rechts) die Drohung ausgesprochen wurde, es werde in

die entferntesten Winkel des Vaterlandes der Same der Zwietracht getragen, so möchte ich glauben, daß so ein unchristliches, unluges und unpatriotisches Benehmen den Staat und die Kirche nicht zerstören wird. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links.)

An Journals stimmen registrieren wir folgende:

"Neue freie Presse": "Unter den Vertheidigern der Vorlage gewann das allgemeine Interesse vor allem der jungslovenische Abgeordnete Razlag. Er und seine drei Gesinnungsgenossen schlossen sich rückhaltslos der fortschrittlichen Bewegung an, und der wohltuende Eindruck, den schon ihre Erklärungen in der Adressdebatte hervorgebracht hatten, wurde heute aufs angenehmste gesteigert, als Dr. Razlag im Namen der Slovenen der Vorlage zugestimmen erklärte. Dr. Razlag ist ein Abgeordneter, gegen den Graf Hohenwart selbst in einem kriegerischen Wahlbezirk unterlag; seine Sicherung, daß binnen einem halben Jahrzehnt alle Slovenen unter der von seiner Partei aufgeführten Flagge des Fortschrittes und der Emancipation vom Ultramontanismus stehen würden, verdient daher alle Beachtung. Zudem scheinen die Jungslovenen auch aus mancherlei staatsrechtlichen Träumereien erwacht zu sein; wenigstens lassen die Bemerkungen Dr. Razlag's über den Werth der Autonomie nicht den Schluss zu, daß er noch immer für das Königreich Groß-Slovenien schwärme."

"Presse": "Von politischer Bedeutung war unstreitig die Rede des Jungslovenen Dr. Razlag, der sein Votum für die Gesetzesvorlage eingehend motivierte und nebenbei ein politisches Glaubensbekenntnis ablegte, das aus seinem Munde brinbare klingt wie die Bekämpfung vom Föderalismus zur Sache der Reichseinheit und der bestehenden Verfassung. Dr. Razlag äußerte sich nemlich über die Unmöglichkeit, in ursprünglicher Weise autonome Einrichtungen auf einem kleinen Gebiete ins Leben zu rufen und zu einer fruchtbaren Entwicklung zu bringen. Seine Rede war eine Anklage gegen die Altslovenen, welche ihren Volksstamm in einem frommen Paraguay internieren möchten, und zwischen den Worten seiner Rede hörte man einen gleichen Vorwurf gegen die Altczechen und einen leisen Appell an die freisinnigere Fraktion der Jungslovenen durchklingen. Mit der heutigen Rede ihres Führers haben die Jungslovenen ihren Platz im Hause auf würdige Weise markiert."

"Deutsche Zeitung": "Als ein aller Beachtung wertes Ereignis verdient das Auftreten des Abg. Razlag registriert zu werden. Die Erklärungen, die der jungslovenische Deputierte abgab, seine offenen Einstellungen, wie nötig den kleinen Provinzen das Anschließen an die Gesamtheit und wie schädlich und gefährlich bringend ihnen eine allzu große Autonomie ist, sein ehrliches Versprechen endlich, den freiheitlichen Bedürfnissen seines Volksstamms stets Rechnung zu tragen — dies alles und die sympathische herzliche Aufnahme, die es vonseiten der gesamten Verfassungspartei fand, mußte von der Rechten, die es tief schweigend hinnahm, als ein schwerer Schlag empfunden werden, als ein Schlag, dessen Folgen vielleicht nur allmälig, aber mit unerbittlicher Gewalt sich einstellen werden."

"Tagespresse": "Besonderen Erfolg erzielte der jungslovenische Abgeordnete Razlag (Krain). Rich an geistigem Inhalte und schön gegliedert in der Form, dabei mühvoll und dialektisch scharf, war die Rede Razlag's ein entschiedener Protest eines Slaven gegen jene slavische Partei, welche sich von dem schwärzesten Ultramontanismus ins Schlepptau nehmen ließ. Dr. Razlag wies nach, daß dem Staat die Pflicht zustehe die Religion zu schützen und ihm auch das Recht nicht abgesprochen werden dürfe, die Grenzen der kirchlichen Autorität zu bestimmen. Der Abgeordnete aus Krain wies ferner die Berechtigung des Staates, im gesetzähnlichen Wege das Concordat aufzuheben, mit dem schlagenden Hinweise darauf nach, daß andernfalls jedweder Fortschritt unmöglich wäre."

"Fremdenblatt": "Von ganz besonderem Werth war aber die Rede des Abg. Razlag. Dieser Führer der jungslovenischen Fraktion hat sich durch sein bisheriges Auftreten im Abgeordnetenhaus bereits lebhafte Sympathien erworben. Seine heute gehaltene Rede fand im Hause den wärzten Beifall und freudige Aufnahme, bestärkte sie doch die Hoffnung und Erwartung, daß bei allem nationalen Eifer sich endlich doch jenes Bündnis der wahrhaft Liberalen aller nationalen Stämme vollziehen werde, das so wesentlich kräftigend und förderlich der gemeinsamen Sache werden würde. Dr. Razlag ist ein unermüdlich eifriger Vertreter der slovenischen

streubungen, namentlich zur Ausbildung der Sprache und für die Förderung derselben in der Schule, sein nationaler Eifer hindert ihn aber nicht und hält ihn nicht ab, für die liberale Sache einzutreten und mitzuhelfen an einem Werke, das zur Ausbildung des Staatswesens in einem den modernen staatlichen Verhältnissen und den Bedürfnissen des Volkes entsprechenden Sinne führen soll. Die jungslovenische Fraktion hat trotz aller Beweisungen der Gegner, für welche von allen Kanzeln gepredigt und alle klericalen Hilfsmittel in Bewegung gesetzt wurden, bei den letzten Wahlen nachhaltige Erfolge errungen, ein Beweis, wie Arbeit und ehrlicher Eifer selbst unter ungünstigen Umständen zum Siege führen.

Auch in anderer Beziehung war die Rede Razlag's von besonderer Bedeutung. Der Redner charakterisierte namentlich seine autonomistischen Bestrebungen, und stellte diese als so gemäßigte, auf gesunder, richtiger Erkenntnis der Verhältnisse in den kleinen Ländern, die selbst im Interesse derselben keine allzuweite Autonomie wünschenswerth machen, basiert darauf, daß man wohl erwarten kann, es werde sich auch bezüglich der Erfüllung dieser autonomistischen Bestrebungen ein Einvernehmen erzielen lassen."

"Neues Freimdenblatt": "Ein politisches Ereignis finden wir in der Rede des jungslovenischen Abgeordneten Razlag. Der Mann erschien uns, seit er die Schwelle des Abgeordnetenhauses betreten, eine der sympathischsten Erscheinungen, der wir im Parlamente begegnet. Es zeigte sich in diesem Antlitz immer so viel Ernst, so viel, wir möchten sagen, würdevolle Ruhe, daß uns sein Träger, obzw. ein Gegner unserer politischen Anschauungen, vollen Respect abgerungen. Und was er bisher im Hause sprach, was er that, verstärkte diese Meinung. Unsere Partei hat im Parlamente so viele Gegner wilder ungezügelter Art, so viele Opponenten, die nur aufs Poltern sich verlegen, daß es ihr ordentlich wohl thun mußte, einmal einen politischen Feind zu finden, dem sie andere Gefühle als Geringhätzung, Haß oder Misachtung entgegen bringen durste. Wir kennen die Jungslovenen; wir wissen, daß sie an der Feindseligkeit gegen das Deutschthum in ihrem Lande nicht hinter ihren altslovenischen feindlichen Brüdern zurückbleiben, wir wissen auch, daß ein Pact mit den Genossen Razlags noch weitab vom Wege liegt. Darum ist es nicht berechtigt, uns ein eigensüchtig politisches Motiv zu unterlegen, wenn wir sagen, daß in der ganzen slavischen Opposition, die uns gegenübersteht, die Polen nicht ausgenommen, keine Fraktion tüchtiger und achtunggebietender auftritt als die jungslovenische. Wir finden hier, was wir vor allem hochsägen, freisinnige, aufgellärte Anschauungen, wir finden hier das Streben nach Entwicklung und Fortschritt, und wir sehen endlich, wie all' diese Strömungen, die allerdings eine starke nationale Leidenschaftlichkeit zur Seite haben, geadelt sind durch ein maßvolles, zielbewußtes Auftreten. Wenigstens seitdem die Herren im Reichsrath sind, ist es so, und wir meinen, das Verdienst einer so sympathischen Haltung ist in erster Linie ihrem Führer zuzuschreiben. Mögliche, daß auch die Jungslovenen, wenn sie nur einmal den parlamentarischen Fechtplatz betreten hätten, sich die gleiche Werthschätzung erzwingen würden; es ist ihre Schuld, daß es nicht zur Probe kommt; die Jungslovenen aber sind auf dem besten Wege, Österreich und Europa auf ihre Existenz aufmerksam zu machen, und dies in einer Weise, die dem slovenischen Stamm überhaupt so viel Sympathien zuführt, daß die Herren Altslovenen wieder einige Jahre zu thun haben werden, diesen guten Ruf zu vernichten.

Doch sprechen wir von der heutigen Rede des Dr. Razlag. Sie war sehr tüchtig, so weit sie sich speziell auf das kirchliche Verhältnis bezog, sie wurde hochbedeutend in ihren politischen Ausführungen. Wir schätzen die Argumente, die Abg. Razlag für die freisinnige Vorlage der Tagesordnung vorbrachte, wahrlich nicht gering, gleichwohl sagen wir, daß die Rede an sich, die Thatsache, daß aus dem slavischen Lager eine Stimme sich zugunsten der Gewissensfreiheit, zugunsten der religiösen Reformen erhob, das Allerwichtigste war. Und das merkte man auch sogleich an dem Eindrucke, den der Speech in den Bänken rings um den Redner hervorbrachte. Die Greuter und Giovanelli waren starr vor Schrecken, Prážák suchte rasch einen Sessel zu gewinnen, und Graf Hohenwart schüttelte das Haupt. Seine Excellenz hatte wohl die meiste Ursache, bestürzt zu sein, denn ihn trafen die mäßigen Worte Razlags am allerstärksten, für ihn waren sie eine Lection allererbster Art. Denn ihm sagten sie zunächst, daß die Hoffnung, auf der er sein neues, wahrhaftes Österreich aufbauen wollte und vielleicht noch aufbauen will, die Hoffnung, daß alle klericalen im Bunde mit allen nationalen Elementen sich erheben würden, um die Verfassungspartei zu stützen, eine nützige sei. Ihm sagten sie ferner, daß seine föderalistischen Pläne, wie er sie in den Fundamentalartikeln niedergelegt, nicht einmal von allen Slaven akzeptiert würden: ihm war die Rede eine Kündigung des Gehorsams vonseiten einer kleinen, aber in den Reihen der Opposition nicht gering zu schwägenden Fraktion. Abgeordneter Razlag sprach es aus, daß die kleinen Länder ein Übermaß der Autonomie nicht verlangen, daß sie schon heute zu Schaden kommen, weil die Gemeindeordnungen in den einzelnen Ländern verschieden sind, und daß sie es nicht ertragen könnten, wenn am Ende auch das bür-

gerliche Gesetz für jedes Landchen ein anderes sein sollte. Uns ist das nichts neues, denn wir haben ähnliches oft genug gesagt, aber im Parlamente, dem Grafen Hohenwart ins Gesicht und von slavischer Seite ist es noch nicht ausgesprochen worden, und daß es heute geschehen, darin sehen wir einen großen politischen Erfolg für die Sache Österreichs, eine tragische Züchtigung für den Grafen Hohenwart und seine ränkeschmiedenden, staatverderbenden Genossen."

Reichsrath.

27. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 6. März.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Freiherr v. Lasser, Dr. v. Stremayr, Dr. Unger, Ritter v. Chlumecky, Oberst Horst und Dr. Bieleckowski.

An der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Generaldebatte über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche.

Abg. Lienbacher (gegen). Die Behauptung, daß die inneren Angelegenheiten der Kirche nicht berührt werden sollen, klingt so, als ob man die Freiheit durch die Unterdrückung, den Fortschritt durch den Rücktritt anbahnen wollte. Wollte man eine Staatskirche, dann müßte man auch eine Staatsreligion wollen, da eins ohne das nicht bestehen könne. Die Hauptangriffe seien auf die Organe der Kirche gemacht worden, man sei so weit gegangen, sie der Ignoranz zu beschuldigen. Dem gegenüber weist Redner auf die Kulturmission der katholischen Kirche hin, die sie stets glänzend erfüllt. Wer sei der größte Astronom gewesen, wer habe das Pulver erfunden? (Große Heiterkeit.) Die Kirche wolle keine Souveränität, sie wolle nur die Freiheit für ihre Bewegung. Was habe die Kirche verschuldet, vielleicht die Börsenkrise, daß man ihr dieses Recht verklummen wolle? (Beifall rechts.) Redner schließt mit der Warnung, die schiefste Ebene dieser Gesetzesvorlage nicht zu betreten, denn es würde mit der kirchlichen Freiheit auch noch so manche andere Freiheit hinabgleiten; es würde der Unfriede verschärft und der Kampf permanent gemacht werden.

Abg. Eduard Sueß (für). Er wendet sich zuerst gegen Lienbacher und dessen Ausführungen über die Verdienste, welche sich die Kirche um die Wissenschaft erworben habe. Wenn Lienbacher von einem geistlichen, gewörtig lebenden Astronomen größter Bedeutung spricht, hat er da, fragt Redner, wohl auch an Galilei gedacht? Und was die Erfindung des Pulvers betrifft, so möchte er doch behaupten, daß es nicht die Partei Lienbacher war, welche dasselbe erfand. Man wolle dem staatlichen Rechte ein göttliches Recht entgegensetzen, doch wird das göttliche Wesen nirgends berührt und was heute die Cardinalfrage bildet, das ist der Kampf des Staates um sein Recht, der Kampf mit jener Gewalt, welche allein die Herrschaft in ihren Händen behalten möchte. Das Staatsgesetz umschlingt alle Glieder des Staates und keines derselben darf außerhalb desselben stehen. Von einer privilegierten Staatskirche darf nicht mehr die Rede sein. Redner kündigt Amendements für die Spezialdebatte an. (Lang anhaltender Beifall im Hause und auf den Gallerien.)

Abg. Dr. Harranc (gegen) spricht gegen das Gesetz, ohne übrigens neue Gesichtspunkte zu entwickeln. Er hält seine Rede vor fast leeren Bänken in seiner aus den Versammlungen in den politisch-katholischen Cafés sattsam bekannten Manier.

In der kleinen Hoslage erscheint Graf Andrássy, den der Ministerpräsident begrüßt und mit ihm eine lebhafte Conversation führt.

Abg. Dittes (für) wendet sich gegen das beliebte Manöver, immer mit dem Börsenschwindel heranzurücken, während er keinen größeren Schwindel als den Kirchen- und Glaubensschwindel kennt. (Bravo.) Nicht die Religion soll im Staate erdrückt werden, sondern vollkommene Freiheit jeder Religion wird angestrebt. Ihm genügen die Vorlagen noch zu wenig. Er betrachtet die Religion als Privatsache, in welche eingreifen der Staat sich nur dann erlauben soll, wenn sich Auswüchse ergeben. Auch er kündigt Amendements an und gibt die Erklärung ab, daß er und seine Gesinnungsgenossen, wenn die Zusatzanträge nicht angenommen werden sollten, gegen das ganze Gesetz stimmen werden. (?)

Abg. Prážák (gegen) sucht durch Beispiele aus der Geschichte den Beweis zu erzwingen, daß die Regierung zum Erlass der confessionellen Gesetze nicht kompetent sei; eben so wenig wie zur Auflösung des Concordates, das als Vertrag mit dem Papste nur mit dessen Zustimmung aufgehoben werden könne. Das Infallitätsdogma sei ein Dogma, das bis in frühere Jahrhunderte zurückreiche. Er hält den gegenwärtigen Moment am wenigsten geeignet, mit dieser Frage vor die Deffentlichkeit zu treten.

Abg. Venturi (für) will als Vertreter der italienisch-tirolischen Landgemeinden die Stimmung der dortigen Bevölkerung charakterisieren. In Walsch-Tirol hält man allerdings an den Rechten der Kirche fest, allein

man gesteht ihr die Superiorität nur in jenen Fällen zu, welche den Gottes- überhaupt den kirchlichen Dienst betrifft. Dagegen weiß man dem Staat warmen Dank für die freiheitlichen Institutionen der letzten Jahre, namentlich für die Schulgesetze. (Beifall.)

Schluss der Sitzung 4 Uhr.

Für die Notleidenden in Unterstrain.

Die Begründung des vom Ministerium des Innern angesprochenen Credites von 20,000 fl. zur geschenkweisen Widmung zugunsten der durch Hagelschlag betroffenen Gemeinden in den Gerichtsbezirken Rudolfswerth und Treffen und im politischen Bezirk Gurlfeld in Krain lautet:

"In der zweiten Hälfte des Monats Juli v. J. hat ein ungewöhnlich heftiger Hagelschlag sowohl in den 26 Steuergemeinden der Gerichtsbezirke Rudolfswerth und Treffen, als auch theilweise im Bereich des politischen Bezirks Gurlfeld in Krain sehr bedeutende Verwüstungen angerichtet.

Die diesfalls gepflögten Erhebungen haben ergeben, daß in den ersterwähnten 26 Steuergemeinden die Schäden annäherungsweise 612,130 fl. beträgt, und daß auch in mehreren Ortschaften des politischen Bezirks Gurlfeld ein Theil der Einwohnerschaft sich im Zustand der Hilfsbedürftigkeit befindet.

Eine im Lande eingeleitete Sammlung milber Beiträge hat eine Summe von 8800 fl. ergeben, der kaiserliche Landesausschuss stellte der Landesregierung einen Creditebetrag von 1000 fl. befußt Rinderung der Not zur Verfügung, während der Landtag in der letzten Sessjon einen Credit von 10,000 fl. zu Notstandszielen eröffnete, von welchem Betrage jedoch ein Theil für das laufende Jahr reserviert bleiben soll.

Der Landesausschuss ist nun, in Ausführung des vom Landtage am 13. Jänner d. J. gefassten Beschlusses, um Gewährung einer entsprechenden Geldaushilfe aus Staatsmitteln eingeschritten, welche übereinstimmend mit dem Landespräsidenten mit 100,000 Gulden angegeben wird und nach dem Antrage des letzteren in der Form eines unverzüglichen, etwa binnen sechs Jahren rückzahlbaren Staatsvorschusses zu bewilligen wäre.

Angesichts dieser Umstände und Verhältnisse konnte sich die Regierung der Überzeugung nicht verschließen, daß die Inanspruchnahme der Mittel des Reiches hier umso mehr als begründet und gerechtfertigt sich darstellt, weil die Local- und Landesmittel, bereits im Jahre 1872 zur Rinderung des Notstandes in einigen Bezirken Krains, darunter wie jetzt Rudolfswerth, herangezogen, in der That keine weitere als die mit äußerster Kraftanstrengung gebotene Abhilfe leisten können, letztere aber mit der hereingebrochenen Calamität in seinem Verhältnisse steht.

Die Regierung erachtete jedoch, der vom Landespräsidenten beantragten Bewilligung eines unverzüglich gesuchten Vorschusses von 100,000 fl. die geschenkweise Widmung eines, wenn auch geringeren Betrages aus Reichsmitteln vorziehen zu sollen, weil bei einer großen Hypothekarbelastung und bei wiederholten Missernten die hereinbringung eines solchen Vorschusses sehr schwierig, ja größtentheils unausführbar wäre.

Mit der Allerhöchsten Entschließung vom 28. Febr. l. J. wurde nunmehr sowohl zur geschenkweisen Widmung eines Betrages von 20,000 fl. aus Reichsmitteln in den Gerichtsbezirken Rudolfswerth und Treffen und in dem politischen Bezirk Gurlfeld in Krain, als auch zur verfassungsmäßigen Inanspruchnahme des hiedurch erforderlichen Credites für das Jahr 1874 die Ermäßigung ertheilt, da für die erwähnte Ausgabe in dem fälligen Jahresvoranschlag nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen werden konnte.

Auf Grund der vorbezogenen Allerhöchsten Entschließung wird demnach für den Betrag von 20,000 fl. der Creditebetrag zum Behufe seiner Aufnahme in den Etat der politischen Verwaltung.

Politische Uebersicht.

Baibach, 9. März.

Die Deakpartei nahm im allgemeinen den Gesetzentwurf über die Advoatenordnung an. — Die Petition des aranbosmedgeser Achtundvierziger-Klubs wegen Einführung der Civilcöhe in Ungarn veranlaßte eine längere Debatte. Der Petitionsausschuss empfiehlt die Zuweisung des Gesuches an den kirchen-politischen Ausschuss. Irányi will unter Berufung auf einen früheren Beschluß die Regierung anweisen, noch in der laufenden Sessjon einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. Tisza beantragt die Zuweisung an den kirchen-politischen Ausschuss mit der Weisung, diesen Gegenstand sofort vorzunehmen und Bericht zu erstatten. Die gesamte Rechte und das linke Centrum, sowie die Mittelpartei stimmten für Tisza's Antrag.

Die "Gazette de France" spricht von dem in der jüngsten Reichstagrede des Fürsten Bisam in der enthaltenen Angriff gegen den Assembléepresidenten Böse und die Nationalversammlung und sagt, die Rode zeige die Neigung des Siegers, in die inneren französischen Angelegenheiten einzutreten, alles in Frankreich

vorgehende zu richten, alles zu interpretieren, kurz Frankreich als einen Staat zu betrachten, der mehr oder weniger von der deutschen Reichskanzlei aus gelenkt werden müsse. — Das „Journal de Débats“ constatiert, daß die französische Presse einstimmig die Wiederauflösung Österreichs und Russlands als Unterpfand des Friedens begrüßte und sich hierüber freute. Frankreich wünsche den Frieden mehr als jemand. — Das „Journal des Débats“ erhielt Nachrichten über die Kaiserbegegnung in Petersburg, welche bestätigen, daß das Kaiserreich Russlands und Österreichs inbegriff des Orients ein vollständig friedliches ist und von der einen wie von der anderen Seite jede Actionspolitik ausschließt. Russland und Österreich weisen in gleicher Weise jede Idee einer Gebietsvergrößerung auf Kosten der Türkei zurück; sie sind entschlossen, so weit möglich den status quo im Orients aufrecht zu erhalten und alles der Wirkung der Zeit und der natürlichen Entwicklung zu überlassen. Die wieder versöhnten Mächte Russland und Österreich erkennen inbegriff Europas an, daß in dem gegenwärtigen Zustande die Einigung Österreichs, Russlands und Deutschlands die beste Friedensfürsorge und die einzige Combination ist, die momentan das alte, durch die letzten Kriege erschütterte Gleichgewichtssystem erneut kann. Das genannte Blatt hebt den warmen Empfang hervor, den der Hof, die hohe Gesellschaft und das Volk von Russland dem Kaiser von Österreich bereitet hat, constatiert weiters die radikale Umgestaltung, die sich in Russland rücksichtlich Österreichs vollzogen, und schließt, indem es nochmals seiner Freude über die Aussöhnung Russlands und Österreichs als ein Unterpfand des Friedens Ausdruck gibt.

Der deutsche Reichskanzler beantragte bei dem Bundesrat, die Bundesregierungen einzuladen, bis zum Beginne der Beratung einer in Vorbericht begriffenen Vorlage betreffs der Reform der Eisenbahn tarife auf Grundlage der Marktechnung ihre Entscheidung über die Änderungen der Eisenbahn tarife auszusetzen. — Der Bundesrat genehmigte den Gesetzentwurf, wodurch die den deutschen Consuln in Egypten zu stehende Gerichtsbarkeit mit Rücksicht auf die beabsichtigte egyptische Justizreform durch kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrats für eine fünfjährige Dauer aufgehoben und eingeschränkt werden kann. Ferner wurde eine weitere Vertheilung von 42 Millionen Thaler der französischen Kriegsentschädigung an die Bundesstaaten beschlossen.

Wie verlautet, ist zwischen England und der Türkei in Bahedsch eine neuerliche Differenz ausgebrochen, weil die türkischen Truppen eine unter britischen Schutz stehende Person gefangen genommen haben. England hat die Freilassung derselben sofort, aber bisher vergeblich, nachgesucht. Man hofft auf eine baldige freundliche Beilegung der Sache.

Marshall Serrano besuchte Morionos und ließ dessen Truppen Revue passieren. Die nach dem Norden seit Abgang Serranos abgesendeten Verstärkungen belaufen sich auf 16,000 Mann. Man schätzt die Regierungsmarze auf 65,000 Mann. — Die Subscriptions für Beiträge zugunsten der Verwundeten sind unausgesetzt sehr bedeutend. — Wie versichert wird, sind weitere 6000 Mann nach Santander abgegangen. Ein Tagesbefehl Serranos zeigt an, daß Morionos vom Commando der Nordarmee enthoben ist und daß er selbst dieses übernehmen werde. Alle Veränderungen in den Ministerien würden bis zur Rückkehr Serranos suspendiert.

In der griechischen Kammer fand eine äußerst heftige Debatte über die Frage der Verseyzung in den Anklagestand des abgetretenen Ministeriums statt.

Der Senat der Vereinigten Staaten Nordamerikas hat den von der Regierung verlangten Credit für die Ausstellung in Philadelphia abgelehnt.

curs besucht oder sich sonst landwirtschaftliche Kenntnisse erworben haben und daher zum landwirtschaftlichen Unterricht befähigt sind; 3. fene Lehrer, nach dem Grade ihrer Würdigkeit, in Vorschlag zu bringen, die wegen ihrer Verdienste um den landwirtschaftlichen Unterricht mit einer Remuneration zu belohnen wären.

Gagesneuigkeiten.

— (Allerh. Militärcabinet.) In der Leitung des kaiserlichen Militärcabinets ist, wie der „P. A.“ erfährt, ein Personenwechsel bevorstehend. Der bisherige Chef des Militärcabinets General Beck soll Flügeladjutant des Kaisers, Oberst Kraus Nachfolger desselben werden.

— (Staatschulden-Controlocommission des Reichsrathes.) Dr. Heinrich Berger Edler von Bergenu wurde zum Präsidenten und Dr. Ignaz Kaiser zu dessen Stellvertreter gewählt.

— (Freiwilliger Sanitätsdienst des deutschen Ritterordens.) Aus dem Rechnungsabschluß, welchen der deutsche Orden bezüglich seines Spitalfonds pro 1873 veröffentlichte, ist zu entnehmen, daß der in den „Grundlagen für den freiwilligen Sanitätsdienst des deutschen Ritterordens“ enthaltene Entwurf zwar modifiziert, in seinen Prinzipien jedoch nur soweit alteriert wurde, als sich für den Dienst in erster Linie ein engerer Anschluß des Hilfscorps an die Feld-Sanitätsaufstalten der 1. A. Army für notwendig herausgestellt hat. — Der Fonds besitzt 253,972 fl. in Baarem und 203,810 fl. in Obligationen, zusammen 457,782 fl. und ebenso reiches als solides Feldmaterial.

— (Vom Schulpfennig in Karlsruhe) wurden im Verlaufe von 2 1/2 Jahren an Volksschulen verteilt: Bücher 7400, Schreibäxte 5430, Schreibhefte 35,000, stumme Landkarten 1500, Stahlseile 22,000, Griffel 51,600, Federhalter 10,800, Griffelhalter 1680, Bleistifte 1000, Knabenröcke 440, Mädchentäschchen 450 Stück, Lederschuhe 300, Holzschuhe 240 Paare.

— (An Blättern in Graz) erkrankten vom 3. bis incl. 6. März 32 Personen. Vom 3. bis 5. sind vier Sterbefälle infolge derselben vorgekommen.

— (Großes Brandungslüft.) In einem Trakte des ehemaligen Estercienser-Frauenklosters in Kirchheim im Ries, an der bairisch-württembergischen Grenze, brach am 1. d. M. um halb 3 Uhr morgens Feuer aus. Der Feuer gel des Klosters, welches jetzt Besitzthum des Fürsten von Dellingen-Wallerstein ist, war seit einigen Jahren von den Armen der Gemeinde bewohnt. Das Feuer griff so schnell um sich, daß sämtliche Insassen, acht an der Zahl, ihren Tod in den Flammen fanden.

— (Bischof Eberhard in Trier) wurde am 6. d. wegen Zuvielhandelns gegen die Kirchengesetze durch den Landrat verhaftet und in das vorläufige Gefängnis gebracht. Aufheftungen sind nicht vorgekommen.

— (Sur Géshiedungsstatistik.) Im Jahre 1871 sind statistischen Ausweisen zufolge in Paris nicht weniger als 1711 Ehescheidungsgerüche zur Entscheidung vor die Behörden gelangt; davon gingen 1554 von den Frauen und 157 von den Männern aus.

— (Billiger Kaffee.) Kaffeeinkäufern wird es angenehm sein, zu erfahren, daß nach allen Berichten aus Brasilien eine Kaffee-Genie bevorsteht, wie wir eine solche bis jetzt noch nicht gekannt haben. Auch die so ungewöhnlich niedrig angeschlagene 1873/74er Römerne erweist sich als erheblich größer, und steht noch den künftlichen Treibereiten des abgelaufenen Jahres ein nicht mehr aufzuhalten Rückgang der Kaffeepreise unzweifelhaft bevor, wie denn auch aus London gemeldet wird, daß die Preise seit Freitag um drei Schilling gewichen sind.

— (Geistreicher Toast.) Bei einem Banquet in New-Castle (Nordamerika) brachte ein lediger junger Mann folgenden Toast aus: „Auf die Frauen und die Kohlen von Durham County! Wie verödet würden unsere Kamine ohne beide sein.“

— (Verkehr.) Das hamburgische Postdampfschiff „Thuringia“, Capitän Meyer, ging am 4. März nach Newyork ab; die „Vandalia“, Capitän Franzen, aber ist am 2. d. wohlbehalten in Neworleans angekommen.

Landwirtschaftlicher Unterricht.

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat mit dem Erlass vom 4. v. M. das erste Einvernehmen mit den betreffenden landwirtschaftlichen Gesellschaften und Vereinen dem k. k. niederösterreichischen Landesschulrathe nahegelegt und die Aufforderung ausgesprochen, den erwähnten Gesellschaften und Vereinen jene Volksschulen namhaft zu machen, an welchen Lehrer fungieren, die den landwirtschaftlichen Fortbildungscursus besucht oder sich sonst landwirtschaftliche Kenntnisse erworben haben und demgemäß zum landwirtschaftlichen Unterricht befragt sind. Ferner hat es der Herr Minister als dem Zwecke förderlich bezeichnet, daß bei den ihm künftig vorzulegenden Anträgen auf Remunerierung einzelner Volksschullehrer für Verdienste um den landwirtschaftlichen Unterricht auch die Meinung der betreffenden landwirtschaftlichen Gesellschaften und Vereine eingeholt werde. Auf Rechnung des für die gedachte Remunerierung pro 1873 genehmigten Credits hat der Herr Minister für die Volksschullehrer Niederösterreichs den Betrag von 1000 fl. bewilligt und die Bezeichnung der einzelnen Lehrer dem k. k. Landesschulrathe überlassen. Zur Durchführung des Erlasses sind die Bezirksschulräthe aufgefordert worden: 1. zu berichten, ob und welche landwirtschaftlichen Gesellschaften und Vereine im Schulbezirk bestehen; 2. ob und an welchen Schulen solche Lehrer angesetzt sind, die den landwirtschaftlichen Fortbildungscursus

besucht oder sich sonst landwirtschaftliche Kenntnisse erworben haben und daher zum landwirtschaftlichen Unterricht befähigt sind; 3. fene Lehrer, nach dem Grade ihrer Würdigkeit, in Vorschlag zu bringen, die wegen ihrer Verdienste um den landwirtschaftlichen Unterricht mit einer Remuneration zu belohnen wären.

„Das gehrte Consortium für die triest-lack-launsdorfer Bahn hat mit einem Einbegleitungsbriefen vom 10. Dezember 1873 seine Rechnungslegung zugesendet, aus der zu erscheinen, daß die Geldmittel einschließlich der von der Kammer angewiesenen 10,000 fl. erschöpft sind, und gleichzeitig der Kammer höflich angedeutet, daß die Rechnungen selbst zur Einsicht bereit liegen.“

Vorzüglich zu dem Zwecke, das Resultat der bezüglichen Studien mit specieller Rücksicht auf die Strecke Lack-Launsdorf kennen zu lernen, wurden die Herren Heinrich Escher, J. H. Teutsch und C. D. Topali entsendet, das betreffende Elaborat einzusehen, was auch ihrerseits willig geschah und worüber sie, wie folgt, berichteten:

Gehrte Börse-Deputation!

In Erledigung des ihnen geworbenen Auftrages, die Rechnungen des Consortiums der Eisenbahn Lack-Launsdorf zu prüfen, beehren sich die Gefertigten mitzuhelfen, daß Quittungen und Beilagen mit den angeführten Biffern vollkommen stimmen.

Da aber bezüglich der Ausführung der Tracierungsarbeiten keine Beweise vorliegen und der Rechenschaftsbericht sich lediglich auf die belegten Quittungen der Herren Ingenieure bezieht, so könnten wir kein anderes Resultat erzielen, als von den Beträgen, die für technische Arbeiten oder andere Zwecke ausgegeben wurden, Kenntnis zu nehmen, und zwar bezüglich jener Strecken, auf welche die Beträge deuten.

Aus den Quittungen ergibt sich demnach folgendes Resultat:

I. A fl. 2920 — einem Ingenieur für Tracierungsarbeiten ohne Angabe der tracierten Strecke; B „ 385.17 einem Ingenieur für die Trace Bosovizza-Triest; C „ 2703.60 einem Ingenieur für die Trace St. Lorenz-Senoseisch; D „ 4775.87 einem Ingenieur für die Trace Lack-Hotel der Schie, Liskang-Lack; E „ 2123.22 einem Ingenieur für die Trace Planina-Adelsberg; F „ 234.74 Consortialbesichtigung der Strecke Triest-Launsdorf-Tarvis; G „ 954.28 einem Ingenieur für die Trace Triest-Gorouge-Bosovizza und den Triesterhafen; H „ 3523.08 einem Ingenieur für die Trace Triest-Bosovizza-St. Lorenz; I „ 1192.80 einem Ingenieur für Reisespesen; L „ 1285 — einem Herrn für Reiseauslagen; M „ 387.71 für Zeichnungen; N „ 70.50 O „ 249.10 P „ 500 — Consortial-Borschü, für den die spätere Rechnung folgt; Q „ 4000 — einem Herrn Doctor ausbezahlt, wie die Quittung lautet, zu Agitationsszwecken; R „ 1479.90 für Insertionskosten im „Prograsso“; S „ 153.07 kleine Auslagen.

II. A fl. 9209 — einem Ingenieur für die Trace Prewald-Lack; B „ 400 — einem Ingenieur für Reisespesen und Studium; C „ 646 — einem Ingenieur für Reisespesen nach Prewald; D „ 685 — einem Herrn für Reisespesen nach Berlin (vom wiener Consortium zu zahlen und dem triester Consortium gezahlt); E „ 815 — einem Herrn für Agitation; F „ 2503.08 einem Herrn für Reise und Studien Triest-Prewald; G „ 28.81 Druck z. H „ 969.52 verschiedenen Ingenieuren Reisespesen nach Lack; I „ 255.10 einem Ingenieur für Studien; L „ 268 — verschiedene Zeitungen; M „ 316.21 kleine Auslagen; N „ 86.44 Depeschen z. (Fortschreibung folgt.)

— (Se. lais. Hoheit der durchlauchtige Herr Erzherzog Wilhelm) sind mit dem gestrigen triester Mittags-Postzuge von Laibach über Steinbrück nach Agram abgereist.

— (Alpenverein.) Am 8. d. constituierte sich in Laibach die Section des fusionierten österreichischen und deutschen Alpenvereins für das Land Krain mit dem Sitz in Laibach. An der Versammlung nahmen über 40 Mitglieder teil. Als Comité zur Ausarbeitung der Statuten wurden gewählt die Herren Professor Dr. Salenta, Advocat Dr. Mosch und Buchdruckereibesitzer Ottomar Bamberg. Dem Vereine sind bereits mehr als 60 Mitglieder beigetreten.

— (Populär-wissenschaftlicher Vortrag.) Heute um 8 Uhr abends findet in den Vereinslokalitäten des „Fortbildungvereins“ der laibacher Buchdrucker die Fortsetzung des Vortrags über Anatomie des menschlichen Körpers von Prof. Linhart statt.

— (Soirée.) Die slovenischen Studierenden in Wien arrangieren dieser Tage zu Ehren der slovenischen Reichsratsabgeordneten einen Festabend.

— (Siedbriefflich verfolgt werden.) Dominik Bertoč aus Scodavaca im Küstenlande, 23 Jahre alt; Ludwig Borzeti aus Slikro im Küstenlande, 25 Jahre alt und Johann Roubec aus Sgonia im Küstenlande, 23 Jahre alt, wegen Entweichung aus dem Brigadearrest in Laibach; Franz Kopriva aus Laibach, 24 Jahre alt und Urban Ušenica aus Pölland, Bezirk Lack, 33 Jahre alt, Lederner, wegen Diebstahl; Josef Felix Zini, 21 Jahre alt, Zwöglung, wegen Schubentweichung.

— (Gestohlen wurden): Dem Johann Klemen in Sagor, Bezirk Adelsberg, Brein und Flachs im Gesamtwerte von 42 fl.; dem Alexander Sajavac in Mitteldorf, Bezirk Krainburg, eine Kolbin im Werthe von 35 fl.; der Elisabeth Marinček in Lavor, Bezirk Krainburg, Silbermünzen und Banknoten im Gesamtwerte von 35 fl.;

der Wirthin Maria Gloria in Neubegg, Bezirk Treffen, Silbergeld und Banknoten, Ringe, Korallen u. a.; dem Johann Kräli in Ischl, Bezirk Littai, eine Drathaußflinte, drei Gewehre, goldene Ohrringe und Gerätschaften.

— (Neue Telegraphenleitung.) Wie die grazer Blätter erfahren, beabsichtigt die Telegraphendirection in Graz die Errichtung einer Telegraphenleitung von Eilli über Sachsenfeld, Franz und Podgetz nach Laibach, mit Einbeziehung in das Telegraphennetz der Deutschen Sachsenfeld, St. Peter, Proßberg, Oberburg und Franz als Telegraphenstationen, ferner die Errichtung einer Telegraphenstation zu St. Leonhard in Windischbüheln beim Handelsministerium in Antrag zu bringen.

— (Theaterbericht vom 9. d.) Die zweite Aufführung von R. Wagner's "Tannhäuser" erfreute sich nicht eines solch stürmischen Beifalles, wie bei der ersten Aufführung, obgleich Fräulein Horn (Venus) ihren Part heute correct ausführte, obgleich Herr K. H. auch im ersten Acte seiner schwierigen Aufgabe möglichst gerecht wurde, obgleich Frau Schütz-Witt (Elisabeth) und Herr Chlumekly (Landgraf Herrmann) ihre Parte mit Virtuosität ausführten und auch Herr Göttlich (Wolfram) sich bemühte, richtig zu intonieren. Der Gründer der Zukunftsmusik — Richard Wagner — muß öfter gehört werden, bis er empfängliches Ohr findet; die ärgsten Feinde der Zukunftsmusik verwandeln sich allmählich in die intimsten Freunde R. Wagners.

Zur Viehschlachtung. (Schluß.)

Die Hauptursache davon, daß der Fleischer keinen bedeutenden Gewinn, sondern zuweilen Verlust bei seinem Geschäft hat, liegt einzig und allein darin, daß er das Blut nicht zu dem Preise, wie das Fleisch verkauft, d. h. weil er das Blut nicht in dem Fleische oder mit dem Fleische zugleich zum Verkaufe bringt.

Ich will eine Methode mittheilen, wonach die Fleischhauer nicht mehr Verlust, sondern alljährlich mehrere tausend Gulden sicheren Gewinn erzielen würden. Diese Schlachtungsmethode besteht darin, wenn man das Blut nicht entrinnen läßt. Die Methode ist folgende: In das Genick wird zwischen dem ersten Hauptwirbel und dem Oberhauptbeine ein spitzes Eisen so tief hineingetrieben, daß es in das Rückenmark eindringt; im Momente stirzt das Thier tot nieder, ohne Blutverlust und Todesmarter. Hierauf läßt man das tote Thier kalt werden, und hiebei erstarrt das Blut in den Adern und kann mit dem Fleische zugleich ausgeschrottet und verkauft werden. Auf diese Art gewinnt der Fleischhauer 30 bis 50 Pfund, respective 10 bis 15 fl. bei einem Stücke und er wird zur Befriedigung des Publicums den Preis des Fleisches billiger stellen können.

Beim Eintritt der warmen Jahreszeit muß ohnehin alles Fleisch in Eiskellern aufbewahrt werden, weil es dann erst gut und geschmackhaft wird, wenn es drei Tage im kühlen Raum hängt und dadurch mürber wird. Das Fleisch von frisch oder eben schlachtetem Vieh ist ohnehin nicht so gesund und schmackhaft.

Zur allgemeinen Einführung dieser neuen Schlachtungsmethode wäre es jedoch nothwendig, daß die Behörde vorläufig öffentliche Proben veranstalte, Fleisch von Schlachtthieren, welchen das Blut nicht entzogen wurde, sondern welches in den Adern derselben erstarre, unentgeltlich vertheilen lasse und hierauf noch constatierten Versuchen die weitere gesetzliche Tötungsweise des Thieres bestimmen möge, um zu verhüten, daß der eine Fleischer so, der andere jedoch anders hiebei versucht und auch starrsinnigen Köchinnen jede Gelegenheit zwischen diesem und jenem zu wählen benähme.

Diese Frage dürfte aus öffentlichen Rücksichten gewiß sehr dringend und von Wichtigkeit sein, deshalb wende ich mich an die bezüglichen Personen und Behörden mit dem Ersuchen, die von mir angeregte Methode durch Sachverständige erörtern und berathen zu lassen und die gemachten Erfahrungen und Versuche, sowie etwaige neue Ansichten und Bedenken öffentlich mittheilen zu wollen.

Diese Thatsache ist, glaube ich, jedermann ebenso einleuchtend als die weitere Folge, daß dem Publicum ein viel nothhafteres und schmackhafteres Fleisch geboten wäre, wenn

ihm das Blut nicht vorher entzogen würde. Man wird mir vielleicht einwenden, daß solches Fleisch tödlich von Farbe und nicht mehr so schön weiß oder appetitlich sein müsse, als es jetzt ist; die Köchinnen würden sich weigern es zu kaufen; auch würde solches Fleisch zur Sommerszeit und bei Sommerwärme eher dem Verderben, der Fäulnis anheimfallen u. dgl m. Diese Einwände sind jedoch nicht stichhaltig, denn unsere Fleischhauer und Köchinnen kennen eben kein anderes Fleisch, als solches, wie es seit unendlichen Zeiten nach herkömmlicher Sitte gelohnt zu werden pflegte. Es ist dies eben eine alte Gewohnheit, eine alte Methode!

Hasen, Rehen, Hirsche und sonstiges Wild, welches vom Jäger geschossen oder von anderen erlegt wird, verliert beinahe kein Blut. Ist etwa dieses Fleisch nicht schmackhaft und nahrhaft? Weigern sich etwa die Köchinnen, daselbe zuzubereiten? — Ist nun das Fleisch des Wildes entsprechend, warum sollte das Kindfleisch es nicht sein? Glaubt man vielleicht, daß der Fleischer irgendwo ein Patent darauf erhalten hat, um das Blut des Thieres beim Schlachten wegzuräumen? Glaubt man etwa, daß es das Blut allein sei, welches der Mensch nicht genießen dürfe?

Ausweis über den Stand der Blatternepidemie in Laibach vom 4. bis inclusive 6. März 1874.

Vom letzten Ausweise sind in Behandlung verblieben 36, zugewachsen sind 9 Kranke, genesen sind 6, in Behandlung sind verblieben 35, 7 Männer, 16 Weiber und 12 Kinder. — Seit Beginn der Epidemie sind 361 Blatterneidkrankungsfälle amtlich gemeldet worden, von diesen sind 261 genesen und 65 gestorben.

Im städtischen Notspitale sind am 4. d. 7 Kranke in Behandlung gewesen und 1 ist genesen, am 5. d. 7 Kranke unverändert geblieben am 6. d. 6 Kranke verblieben, da 1 genesen ist.

Im Landes- und Städt. Filialspitale waren am 4. d. 21 Kranke, da 5 genesen sind, am 5. d. unverändert 21 Kranke, am 6. d. 22 Kranke, da 1 zugewachsen ist.
Stadtmaistrat Laibach, am 7. März 1874.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der "Laibacher Zeitung".)

Wien, 9. März. Im Abgeordnetenhouse Fortsetzung der Debatte über die confessionellen Gesetze unter ungeheuerem Andrang des Publicums. Der Antrag Smolka auf Wiederaufnahme der Generaldebatte, um den Gesetzentwurf mit der Weisung an den Ausschuß zurückzuleiten, ein vom Freiheitsprinzip getragenes Elaborat vorzulegen, ward abgelehnt. Dafür stimmte die Rechte.

Nachdem Giovanelli als Generalredner der Rechten und als verfassungstreuer Generalredner Kopp, letzterer unter lebhaftem Beifall, endlich der Berichterstatter gesprochen, ergreift Kultusminister Stremayer das Wort: Die Vorlage ist das Product ruhiger, vorurtheilsfreier Behandlung und Beurtheilung der gegebenen Verhältnisse. Es ist keine Bergewaltigung der katholischen Kirche beabsichtigt. Der Regierung liegt nichts ferner als ein Eingriff in die geheiligte Domäne des Gewissens, aber keine pflichtbewußte Regierung kann es sich gefallen lassen, daß die Religion missbraucht wird zu staatsgefährlichen Umtrieben. (Andauernder Beifall, Händellatschen im Hause und auf den Galerien; der Präsident ermahnt zur Ruhe). Die Regierung kann nicht gestatten, daß aus den Dienern Gottes Mandatare der staatsrechtlichen Opposition werden. (Erneuerter Beifall.) Aufgabe der Regierung und der Legislative ist es nicht, Krieg zu führen mit der Kirche, sondern deren Verhältnisse zu ordnen, so daß letztere frei walten und schalten könne in ihrem heiligen Berufe, aber sie könne auch nicht Uebergriffe in das unantastbare Recht des Staates dulden (Beifall). Ich empfehle die Vorlage dem Hause zur Annahme. (Stürmischer Beifall und Händellatschen.)

Sodann erklärt Ministerpräsident Fürst Auersperg gegenüber der Bemerkung Hohenworts, die Regierung habe

etwas aus den Staatsgrundgesetzen unterschlagen, das der Regierung dies nie einfiel noch einfallen wird. Es gibt ein Wort, das unter Österreichs Völkern immer mehr Anklang findet, dieses Wort heißt "Verfassung" und dieses Wort wird die jetzige Regierung nicht unterdrücken und wird daher auch nicht nothwendig sein, daß die Verfassung von unseren Nachfolgern wieder zustande gebracht wird. (Stürmischer Beifall.) — Es wurde das gegenwärtige Ministerium das "Ministerium Lasser", genannt Auersperg", bezeichnet. Ich danke dem betreffenden Redner dafür, er beweist damit, daß ich die staatsmännische Klugheit besitze, mich dem Rathe eines Mannes zu koordinieren, welcher durch lange Jahre für das Reichswohl gewirkt, der die Verhältnisse Österreichs kennt wie niemand und dem ein treues österreichisches Herz im Busen schlägt. (Wiederholter lebhafter Beifall). Ich hatte nicht erst nothwendig, mit Rathgeber aus dem Auslande zu importieren, welche uns ein neu patentiertes Österreichthum lehren sollten. (Stürmischer Beifall.) — Bezüglich der angesührten Worte des Ministers des Neugern Grafen Andrássy, daß Österreich eine gebundene Marschroute habe, kann ich, nachdem ich mit dem Minister des Neugern in ziemlicher Solidarität stehe, erklären, daß diese gebundene Marschroute keine andere ist, als die Marschroute des gesunden Menschenverstandes, welche Österreich zu einem großen mächtigen Staate machen soll. (Lebhafter Beifall.) Wenn die Opposition droht, man werde dieses Gesetz nicht zur Wahrheit werden lassen, so erkläre ich, daß die Regierung Energie genug besitzen wird, dem Gesetz Achtung zu verschaffen. (Stürmischer, andauernder und erneuerter Beifall, Händellatschen im Hause und auf der Galerie.)

Bei namentlicher Abstimmung wird der Gesetzentwurf in der Generaldebatte mit 224 gegen 71 Stimmen angenommen. Morgen Specialdebatte.

Telegraphischer Weiterschluss

vom 9. März.

Papier-Rente 69-55. — Silber-Rente 73-75. — 1800 Städt. Anteile 103-75. — Bank-Antien 970. — Credit-Actien 239-25. — London 111-75. — Silber 105-30. — R. f. Rente 8-90. — Napoleonsdör 8-90.

Wien, 9. März. 2 Uhr. Schlusserse: Credit 239-1, Anglo 137-1, Union 125%, Francobank 39-1, Handelsbank 34-1, Vereinsbank 16-1, Hypothekarrentenbank 27-, allgem. Bauart 83-1, wiener Baubank 86-1, Unionbaubank 44-50, Wiedebau 17-25, Brigittener 13-, Staatsbahn 320-, Postbarden 156-1, Matt.

Angekommene Fremde.

Am 9. März.

Hotel Stadt Wien. Bujatovic, Petrinja. — Deder, Kast. Bodenbach. — Mendez und Reichhold, Kast. Wien. — Leder, Kast., Pest.

Hotel Elefant. Krasan, Professor. — Stuzin, Leoben. — Wirth, Tschernemb. — Fischel und Danzer, Wien. — Janezin, Littai. — Alois, Reichenberg. — Tost, Triest.

Hotel Europa. Staudacher Idria. — Sidor, Kast., Hajd. — Barovich, Moncalone. — Stein, Kast., Frankfurt. — Preunou und Major, Wolfshach. — Doffort, Wien.

Bairischer Hof. Leder, Disponent, Graz. — Guly, Dan. — Böckmann, Lissana. — Adamic, Triest. — Pichler, Ingolstadt, Wien.

Wottoziehungen vom 7. März.

Wien: 27 36 56 81 30.

Graz: 82 26 56 52 63.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

W.	Regen	Bodenfeucht.	Witterungs-	Luftfeucht.	Wind
6. II. Mg.	737-77	— 0-8	W.S.W. schw.	meist bewölkt	
9. 2. N.	736-47	— 8-1	S.S.W. 3. fl. st.	ganz bew.	0-0
10. 2. Ab.	785-42	— 3-8	S.W. f. schw.	halbheiter	

Morgens nur im Osten heiter, nachmittags ganz bewölkt, ziemlich starker SSW.-Wind, abends halb heiter, Abendrot. Das Tagesmittel der Wärme + 3-7°, um 0-9° über dem Normal.

Berantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayer.

Wottoziehungen vom 7. März.

Wien: 27 36 56 81 30.

Graz: 82 26 56 52 63.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

W.	Regen	Bodenfeucht.	Witterungs-	Luftfeucht.	Wind
6. II. Mg.	737-77	— 0-8	W.S.W. schw.	meist bewölkt	
9. 2. N.	736-47	— 8-1	S.S.W. 3. fl. st.	ganz bew.	0-0
10. 2. Ab.	785-42	— 3-8	S.W. f. schw.	halbheiter	

W.	Regen	Bodenfeucht.	Witterungs-	Luftfeucht.	Wind
6. II. Mg.	737-77	— 0-8	W.S.W. schw.	meist bewölkt	
9. 2. N.	736-47	— 8-1	S.S.W. 3. fl. st.	ganz bew.	0-0
10. 2. Ab.	785-42	— 3-8	S.W. f. schw.	halbheiter	

Börsebericht. Wien, 7. März. In Speculationskreisen herrschte matte Tendenz und litten hierunter insbesondere Vereinsbank, aber auch manche andere Effecten. Bahnactien zeigten übrigens heute wieder eine leichte Versteifung. Der Umsatz erreichte auf seinem Betriebsgebiete große Dimensionen.

	Geld	Ware
Wien	69-90	70-
Februar	69-60	69-70
Jänner	78-75	73-85
April	78-70	73-80
1859	305-	315-
1854	98-50	99-
1860	103-50	103-75
1860 zu 100 fl.	109-25	109-75
1864	139-	139-50
Domänen-Pfandbriefe	119-	119-50
Böhmen	95-	96-
Polen	77-50	78-25
Giebenbürgen entlastung	74-	74-50
Ungar. Donau-Regulierungs-Pfand	96-50	97-
Ung. Eisenbahn-Ant.	96-50	97-
Ung. Prämien-Ant.	77-75	78-
Wien. Comunali-Ant.	85-30	85-50
Notien von Transport-Unternehmungen.		
Anglo-Bahn	141-	142-
Karl-Ludwig-Bahn	231-25	231-50
Donau-Dampfschiff.-Gesellschaft	536-	538-
Elisabeth-Bahn	203-50	204-
Elisabeth-Bahn (Pün. Budweiser Straße)	185-	186-
Heribords-Nordbahn	2035-	2040-
franz. Joseph-Bahn	202-75	203-25
Lemb.-Egern.-Tass.-Bahn	145-	145-50
Ring-Gesellschaft	446-	448-
St. Peter. Nordwestbahn	186-	186-50

<table